

Das Märchen vom billigen grünen Strom

Welt, 08.06.2023, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus245677968/Strompreise-historisch-hoch-Das-Maerchen-vom-billigen-gruenen-Strom.html>

Erneuerbare Energien würden Strom günstig machen, denn Wind und Sonne, so ein häufiges Zitat, schicken keine Rechnung. Auf dieser Idee basiert die Energiepolitik der Bundesregierung. Aber stimmt das überhaupt? Bisherige Daten zeichnen ein anderes Bild.

Als anno 2018 zu Bottrop die letzte deutsche Kohlezeche Prosper-Haniel für immer die Tore schloss, verlor damit scheinbar auch eine alte Weisheit der Bergleute an Bedeutung: „Vor der Hacke isset duster.“ In dem Aphorismus verdichtet sich die Lebenserfahrung der Kumpel im Ruhrpott: Die Ergiebigkeit des Flözes ist unsicher und, was einen unter Tage erwartet, ungewiss – das gilt auch für die Zukunft.

In der Energiepolitik ist diese Einsicht offenbar in Vergessenheit geraten – mit unsicheren Prognosen wird heutzutage handfeste Politik gemacht. Ob es um das umstrittene Heizungsgesetz geht oder die Gewährung verbilligter Industriestrompreise:

Die Letztbegründung der Regierungspolitik gipfelt stets in dem Versprechen, dass Strom 2030 sowieso billig sein werde. Denn erneuerbare Energien sollen bis dahin 80 Prozent des Energiebedarfs decken. Wind und Sonne schreiben keine Rechnung, lautet die Interpretation.

„Dauerhaft erneuerbarer Strom“

Deshalb stellt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) der Industrie nur „zeitlich eng befristet“ verbilligten Strom in Aussicht. Die Energiewende werde ja schon bald „dauerhaft die Versorgung energieintensiver Unternehmen mit erneuerbarem Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen garantieren“, heißt es in seinem Industriepreiskonzept, das er am 5. Mai vorlegte. Lediglich für „die Zwischenphase bis 2030“ brauche es staatliche Subventionen in Form eines „Brückenstrompreises“.

Beim umstrittenen Gebäudeenergiegesetz (GEG), das vorschreiben soll, Millionen von Gas- und Ölheizungen durch elektrische Wärmepumpen zu ersetzen, spielt eine weitere Prognose eine wichtige Rolle. Nicht nur werde der Strom immer billiger: Gleichzeitig würden Gas- und Ölheizungen auch immer teurer, weil ihr Brennstoff mit einer stetig steigenden CO₂-Abgabe belastet sei.

„Mittel- bis langfristig ist eine Wärmepumpe günstiger als eine Gasheizung“, sagte etwa Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) zu „Bild“: „Noch können sich viele Menschen nicht vorstellen, wie teuer Öl und Gas sein werden. Gleichzeitig wird mit dem Ausbau von Wind und Solar der Strom günstiger.“

Auch Katharina Dröge, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, verteidigt Habecks Heizgesetz mit dem Verweis auf steigende Klimaabgaben. „Wir haben in Deutschland schon einen Preis auf CO₂, auf europäischer Ebene ab 2027 auch für Wärme, und der steigt dann an, und damit wird Heizen mit Erdgas immer teurer werden“, sagte Dröge im Deutschlandfunk. „Allein aus diesen Gründen müssen wir

die Menschen davon abhalten, sich noch einmal für eine Gasheizung zu entscheiden.“

Dänemark: kein gutes Beispiel

Strom immer billiger, CO₂-Preise immer höher: Stimmen die beiden Prämissen der deutschen Energiepolitik? Der Aussage, dass Solar- und Windkraft den Strompreis senkt, scheint jedenfalls kein Naturgesetz zugrunde zu liegen. Dänemark etwa versorgt sich bereits zu rund 60 Prozent aus Wind und Sonne; trotzdem hat das Land die höchsten Strompreise der Welt.

Auch in Deutschland wurde das Versprechen billiger Elektrizität nach einem Vierteljahrhundert Energiewende noch nicht eingelöst. Schon im Jahre 2017 hatte der damalige Chef der Denkfabrik Agora Energiewende, Patrick Graichen (Grüne) – zuletzt von Habeck als Staatssekretär beurlaubt –, angekündigt: „Wird die Energiewende jetzt billig? Ja. Punkt.“ Windstrom koste ja nur noch fünf bis sechs Cent pro Kilowattstunde. Damit seien jetzt „die Erntejahre der Energiewende in Sicht“.

Doch dann kam der Ukraine-Krieg, Atomkraftwerke wurden abgeschaltet, teure Gaskraftwerke bestimmen das Preisniveau. Auch Windstrom wurde teurer, weil die Bundesnetzagentur die Einspeisegebote um 25 Prozent auf 7,35 Cent die Kilowattstunde erhöhte. Insgesamt zahlten die Deutschen im ersten Halbjahr 2023 den mit 47 Cent höchsten Strompreis aller Zeiten, obwohl der angebliche Billigmacher Ökostrom bereits einen Marktanteil von 50 Prozent hat. Vorausgesehen hat das niemand. Vor der Hacke isset duster.

Einige Unternehmensberatungen haben sich auf das schwierige Geschäft langfristiger Energiepreis-Prognosen spezialisiert. Im September vergangenen Jahres hatte die Prognos AG im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft eine Strompreis-Prognose bis 2040 vorgelegt.

Demnach sinken die Großhandelsstrompreise selbst im günstigsten Fall bis 2040 nicht unter 57 Euro pro Megawattstunde. Das liegt über dem langjährigen Vorkrisen-Niveau. In einem mittleren Szenario seien sogar 70 Euro zu erwarten. Kosten für Netzausbau und Systemstabilisierung kommen zum Großhandelspreis schließlich noch hinzu. Demnach wird es also nicht billiger.

Dass die reinen Erzeugungskosten für Wind- und Sonnenstrom niedrig sind, hat mit dem Strompreis am Großhandelsmarkt nur wenig zu tun. Eine Vielzahl von Faktoren bestimmt ihn. Nach der Einsatzreihenfolge für Kraftwerke, der sogenannten Merit-Order, legen an der Strombörse auch weiterhin Gaskraftwerke in vielen Stunden fest, was Strom kostet.

Gas bestimmt auch 2050 den Preis

„Unsere Analyse zeigt, dass sich der Einfluss der erneuerbaren Energien als preissetzende Technologie in den kommenden Jahren zwar signifikant erhöhen wird, Gaskraftwerke aber selbst 2050 noch zu einem Drittel den Marktpreis an den Börsen bestimmen könnten“, sagt Holger Lichtschläger, Managing Director der Global Experts Energy Consulting GmbH (GEEC).

Die nominalen Strompreise am Großhandelsmarkt schätzt er für das Jahr 2050 sogar noch höher ein als Prognos. Wärmepumpen-Käufer werden darauf vertrauen müssen, dass sie verbilligte Sondertarife erhalten, falls es am Strommarkt nicht zum versprochenen Preisverfall kommen sollte.

Und die zweite Prognose? Steigende CO₂-Abgaben werden Gas- oder Ölheizungen langfristig sicher teurer machen. Das muss auch so sein, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen. Die CO₂-Einnahmen des Staates werden den Bürger mit einem Klimageld zurückerstattet, die untere Hälfte der Einkommensbezieher profitiert unter dem Strich sogar. Aber ob die CO₂-Last so stark steigt, dass die Brennstoffe Öl und Gas im Vergleich zur Wärmepumpe unwirtschaftlich werden, ist zumindest unsicher.

Aktuell zahlen die Deutschen eine Abgabe von 30 Euro je Tonne CO₂ beim Verbrauch von Öl, Gas und Benzin. Laut Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) steigt die Abgabe bis 2027 auf einen „Preiskorridor“ zwischen 55 und 65 Euro an. Das verteuert Heizöl dann um 17,5 bis 20,6 Cent pro Liter, also etwa ein Fünftel.

Ab Anfang 2027 allerdings soll die deutsche CO₂-Abgabe im europäischen Emissionshandel für Brennstoffe aufgehen, dem sogenannten ETS 2. Und hier haben die EU-Entscheider aus Rücksicht auf die ärmere Bevölkerung in Ost- und Südeuropa einen Höchstpreis von 45 Euro eingezogen. Heißt: In Deutschland steigt die CO₂-Abgabe auf Heizöl und Gas im Jahre 2027 nicht weiter. Im Gegenteil: Sie fällt vorerst wieder auf das niedrigere europäische Niveau zurück.

„Panikmache der Wärmepumpenlobby“

Ob und wie lange die EU die Obergrenze von 45 Euro beim CO₂-Preis garantieren kann, ist zwar noch unsicher. Womöglich reicht ihr Instrumentarium nicht aus, dann steigt die Klimaabgabe auf Öl und Gas. Doch in der Gas- und Heizungsbranche löst selbst das keine Unruhe aus. „In unseren Augen ist die Diskussion über stark steigende CO₂-Preise ein wenig Panikmache der Wärmepumpenlobby“, sagt ein Branchenvertreter, der namentlich nicht genannt werden will.

Selbst ein CO₂-Preis von 200 Euro bedeute für einen durchschnittlichen Haushalt mit einer Heizleistung von 20.000 Kilowattstunden und einem CO₂-Ausstoß von etwa vier Tonnen im Jahr eine Steigerung der jährlichen Heizkosten um etwa 950 Euro einschließlich Mehrwertsteuer. „Das ist kein kleiner Betrag, allerdings mit Blick auf die für andere Heizarten nötigen Investitionskosten auch keine übermäßige Summe.“

Ein Manager der Heizungsindustrie sieht das ähnlich. Selbst bei einer 40-prozentigen Förderung von Wärmepumpen könnten die Mehrkosten im Vergleich zum Ölkessel einschließlich Zinslast schnell 22.000 Euro oder mehr betragen. „Spare ich mir das, würde das Geld für 19.000 Liter Heizöl in 15 Jahren reichen, selbst wenn der Heizölpreis auf 1,20 Euro pro Liter steigt. Wegen solcher Realitäten entscheiden sich die Leute dann doch oft wieder für den Ölkessel.“

Fazit: Für den Einbau einer Wärmepumpe liefert der Klimaschutz gute Gründe. Wahrscheinlich steigt damit auch der Wert der Immobilie. Wer aber die Kaufentscheidung allein auf die vermutete Entwicklung von Strompreisen und CO2-Berechtigungen gründet, steht auf unsicherem Grund. Denn noch immer gilt der alte Satz der Kohlekumpel: Vor der Hacke isset duster.